



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

P/VI/147 - 28.6.51

Hinweise
auf den Inhalt:

Nach der Ablehnung im Bundesrat	S. 1
Löhne und Preise in Frankreich	S. 3
Kosten der Besatzungsbauten	S. 5
Lübkes Achtzehn-Stunden-Tag	S. 6

Nach dem Fehlstart

P.R. Wie wird es nun nach dem Beschluß des Bundesrates in der Behandlung des Schuman-Planes weitergehen? Die Frage ist nicht einfach zu beantworten. Der Bundesrat hat sich entschlossen sein Votum zurückzustellen, hat aber jetzt schon für sich bindend erklärt, seine endgültige Zustimmung werde von einer verbindlichen Zusage aller in Frage kommenden ausländischen Mächte darüber abhängig sein, daß sehr wesentliche Forderungen über den Inhalt des jetzt vorliegenden Vertragswerkes hinaus erfüllt werden. Dagegen ist auch der Einwand nicht stichhaltig, die Erfüllung der gestellten konkreten Bedingungen des Bundesrates würde eine Abänderung des geschlossenen Vertrages bedingen, die nachträglich gar nicht durchzuführen sei. Solche Forderungen könnten, worauf auch Prof. Schiller hingewiesen hat, sehr einfach durch ein Zusatzabkommen fixiert werden, denn es würde ja auch grundsätzlich dem Sinne jeder parlamentarischen Ratifizierung widersprechen, wollte man mit dem Hinweis auf die Schwierigkeit oder die Unmöglichkeit einer Revisión des schon unterzeichneten Vertragstextes argumentieren.

Jedenfalls ist das "Nein unter den gegenwärtigen Umständen", das der Bundesrat ausgesprochen hat, - sehr verwandt dem einzigen bisher vorliegenden Beschluß des Bundesausschusses des DGB - ein neuer schwerer Brocken auf dem Wege Adenauers zu seinem

Ziel und eine Warnung dazu. Die ganze Sitzung des Bundesrates war eine sehr deutliche Demonstration des Unwillens der Ländervertretung über die unzureichende Art der Informierung durch die Regierung während der ganzen Vorbereitung des Schuman-Planes und wenn Ministerpräsident Arnold sich auch darüber beschweren mußte, daß der Bundesrat vor dem Abschluß des Vertrages nicht einmal gehört worden sei, so hat er damit nur die bittere Erfahrung für die Länder bestätigt, die die Opposition in ihrem ganzen außenpolitischen Umgang mit dem Kanzler seit seinem Amtsantritt gemacht hat.

Vielleicht wird sich der Kanzler trotz der Stellungnahme des Bundesrates oder vielleicht gerade deswegen um beschleunigte Erledigung der parlamentarischen Notwendigkeiten bemühen, die einer Ratifizierung vorangehen müssen. Zum Beispiel kann er versuchen, die erste Lesung noch vor den Sommerferien durchzusetzen, was ihm aber kaum gelingen dürfte. Ein anderer denkbarer Weg wäre es, den Beginn dieser Ferien gegen den vorliegenden Beschluß des Ältestenrates noch einmal hinauszuschieben. Auch er ist wenig aussichtsvoll. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß der Schuman-Plan nicht vor September ins Plenum des Bundestages kommen wird. Nach der ersten Lesung würden sich dann die verschiedenen Ausschüsse sehr gründlich mit ihm zu befassen haben und zwar der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, die Ausschüsse für Wirtschaft und Sozialpolitik und der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen. Erst nach den drei Lesungen wird der Bundesrat seine endgültige Stellungnahme zu beziehen haben, wobei außerdem in den parlamentarischen Körperschaften noch umstritten ist, ob und wie weit bei der ganzen Frage eine Verfassungsänderung erforderlich ist.

So gesehen besteht wenig Aussicht, daß das endgültige Ja oder Nein zum Schuman-Plan vor Weihnachten ausgesprochen wird. Das ist gut so, denn seit dem Ende des Krieges hat noch keine so entscheidend wichtige Frage auf der Tagesordnung der deutschen Politik gestanden wie diese, noch nie war es deshalb auch so notwendig, daß jede verfassungsmäßige Möglichkeit zur gründlichen Prüfung ausgeschöpft und jede Übereile sorgfältig vermieden wird. Die erste parlamentarische Begutachtung des Inhaltes dieses Schuman-Planes war im Sinne der Kanzler-Politik ein Fehlstart.

Löhne und Preise in Frankreich

(Von einem gelegentlichen Mitarbeiter)

"Armut und Elend sind der Nährboden, auf dem die Giftkeime des totalitären Regimes reifen". Dies Wort Trumans in seiner Begründung des Marshall-Planes vor dem Kongreß - eine alte Erkenntnis, wie man weiß - ist die eigentliche Erklärung dafür, daß bei den letzten Wahlen in Frankreich mehr als die Hälfte der Wähler sich für ein totalitäres Regime entschieden haben. Darauf ist man bisher kaum zu sprechen gekommen.

Von allen abendländischen Nationen mit wesentlich industrieller Struktur hält Frankreich einen Rekord: der französische Arbeiter lebt am schlechtesten. Und das will - angesichts der Lohn- und Preisentwicklung in der Bundesrepublik - schon etwas heißen.

Die Preisschlacht hat der französische Arbeiter verloren: der Werktätige in Frankreich muß im Jahre 1951 nahezu doppelt so viel arbeiten, um die gleichen Einkäufe machen zu können, wie im Jahre 1938. Die Gewerkschaftsbewegung ist hoffnungslos zersplittert. Am stärksten ist noch die kommunistische Gewerkschaft, die - in ihrer Abhängigkeit von Moskau - jeden geschlossenen Einsatz der Gewerkschaften unmöglich macht. Die Unternehmer andererseits sind eisern organisiert. Von vereinzelt Sozialreformern abgesehen, ist ihre Politik brutal-reaktionär, sie lehnen paritätische Ausschüsse in Verhandlungen über kollektive Tarifverträge ab oder sie erscheinen zu den angesetzten Terminen überhaupt nicht.

Besser als jede theoretische Erörterung gibt die nachfolgende Lohn- und Preistabelle ein Bild der Lage, das Material ist ausschließlich christlichen Zeitungen und Zeitschriften Frankreichs, vornehmlich der "Reform" und "Temoignage chrétien" entnommen. Für die Lohn-tabelle greifen wir die Lohnentwicklung an der Pariser Metallindustrie, also der höchstbezahlten Industrie-gruppe Frankreichs, heraus.

Die Preise und Löhne der in den Aufstellungen angegebenen Zahlen sind in französischen Francs berechnet. Die Löhne gelten jeweils für einen Monat.

	<u>Im September 1938</u>	<u>Im Januar 1951</u>
1 kg Brot	2,96	37,--
1 " Butter	30,40	736,--
1 " Beefsteak	31,50	524,--
1 " Kartoffeln	1,30	17,40
1 l Milch	1,80	41,--
1 kg Seife	6,20	150,--
Normaler Handarbeiter	1.038,--	14.013,--
Spezialarbeiter	1.303,--	15.071,--
Vorarbeiter	1.868,--	26.033,--
Meister	2.180,--	30.541,--

Der offizielle Preisindex in Frankreich ist gegenüber der Vorkriegszeit zweiundzwanzigmal so hoch. Angesichts dieser Preisentwicklung entspräche ein Monatsverdienst von 22.000 francs dem Monatsverdienst von 1.000 francs des ungelernten Arbeiters vor dem Krieg. Heute erreichen aber weniger als zehn Prozent aller Werktätigen Frankreichs einen Monatslohn von 22.000,-- francs.

Ogleich die Arbeitnehmer nur mit 45 Prozent am Sozialprodukt beteiligt sind, bringen sie 70 Prozent des direkten Steuereinkommens auf; 75 Prozent des Gesamtsteuereinkommens kommt aus indirekten Steuern für Produkte des Massenkonsums, Lebensmittel, Bekleidung usw. Die Luxussteuer wurde dagegen wieder abgeschafft. Hinzukommt, daß die Steuerhinterziehungen in Frankreich ein Vielfaches der in der Bundesrepublik "normalerweise" hinterzogenen Steuern betragen. Man schätzt die Steuerhinterziehungen auf jährlich 700 Milliarden francs.

Was nun? Man könnte auch die französische Demokratie durch eine echte soziale Neuordnung in ihrem Bestand sichern. Aber vorläufig hofft man die Gefahren des Radikalismus mit anderen Mitteln zu bannen: Der Schuman-Plan verspricht den Ausgleich des Lohn- und Preisgefüges, die Angleichung der sozialen Situation in allen beteiligten Ländern, auf einer mittleren Linie natürlich, und das heißt auf Kosten der, wenn auch ebenfalls schlecht, so doch immer noch besser gestellten Arbeiterschaft in anderen Ländern.

+ + +

Teure Zeche am Rhein

d. g. Der Zufall hat es gewollt, daß just in den Tagen, als der sorgenbeladene Finanzminister wieder seine Petersberg-Besteigungen aufnahm, um mit den alliierten Finanzsachverständigen das Thema Besatzungskosten zu erörtern, am Bundeshaus zu Bonn ein Untersuchungsausschuß zu tagen begann, der die Bauten und Einrichtungen der Besatzungsbehörden in diesem Bonner Raum sorgfältig zu durchleuchten begann. Das gleiche Gremium hatte bereits vor Wochen einen Bericht über die "deutschen" Hauptstadt-Gründungskosten abgeschlossen, der für bauliche Ausgaben die Summe von 23 Mio. DM nannte.

Aber schon der Berichterstatter im Bundestag kündigte an, daß "noch einige große Brocken" ausständen. Er meinte die Besatzungsbauten, von denen für die Hauptstadtpilger das Petersberg-Hotel und zu seinen Füßen am anderen Rheinufer so bekannte gastronomische Rheinstationen wie etwa Hotel Dreesen und Goasberger Hof, neben dem amerikanischen Büro in Deichmanne Aue und den alliierten Wohnsiedlungen, die hervorstechendsten sein mögen. Im übrigen bieten noch immer Schilder mit der Aufschrift "Zutritt verboten" einen Hinweis darauf, was diese Baulichkeiten, die sich nicht gerade immer durch Bescheidenheit auszeichnen, dienen. Es ist anzunehmen, daß sich auch der Finanzminister die Tatsache, daß man für die Unterbringung je Kopf der Besatzung rund 20.000 DM veranschlagte, was einer Summe von etwa 160 Mio. DM gleichkäme, als Argument bei seinen Petersberg-Gesprächen nicht entgehen lassen wird.

Die bisherige Untersuchung der Vergebung von alliierten Bauprojekten hat aber auch die Beziehungen zwischen deutschen Unternehmern, Verwaltungsangehörigen und deutschen Sachbearbeitern auf der alliierten Seite in einem seltsamen, ja verächtigen Lichte erscheinen lassen. In einem Falle haben sich angeblich deutsche Angestellte in amerikanischen Diensten zu einer Handelsgesellschaft zusammengeschlossen, um Aufträge der Besatzungsmacht an sich zu reißen, die dann um 50 Prozent höher fakturiert wurden, als andere normale Angebote deutscher Unternehmer. In einem anderen Falle schied ein Vertragsarchitekt des bei den Untersuchungen bereits öfter genannten Hauptstadtbüros Dr. Wandersleb aus diesen Diensten aus, um alliierte

Bauprojekte, mit denen er vorher als Beauftragter einer Bundesbehörde befaßt war, nun plötzlich in der Eigenschaft als freischaffender Architekt weiterzuführen und dafür Honorar zu kassieren. Daß dieses "Verwandlungskunststück" vorher mit dem Büro Wandersleb auch noch abgesprochen war, trägt keineswegs zur Besserung des Ansehens dieser inzwischen aufgelösten Hauptstadt-Gründungszentrale bei.

Die bisher objektiven und sehr gründlichen Arbeiten des Untersuchungsausschusses lassen hoffen, daß er auch das Problem der Besatzungsbauten rücksichtslos durchleuchten wird. Daß es sich dabei um eine Untersuchung bereits abgeschlossener Transaktionen, also schon längst verausgabter Beträge und zu einem Teil um die Tätigkeit inzwischen aufgelöster Dienststellen handelt, muß für den deutschen Steuerzahler eine bedauerliche Feststellung bleiben.

+ + +

Achtzehn Stunden am Tage ...

-u. Er verlange von seinen Kollegen im Kabinett, daß sie genau so viel arbeiten wie er, nämlich achtzehn Stunden am Tage, hat nach einem Zeitungsbericht ein frischgebackener Ministerpräsident erklärt.

Vielleicht hat er geglaubt, mit diesem Hinweis auf seinen - an sich selbstverständlichen - Arbeitseifer in der Öffentlichkeit besonderen Eindruck zu machen. Nach unserem Geschmack wirkt die Bemerkung etwas penetrant. Viele Politiker in führender Stellung, von Millionen anderer Menschen ganz abgesehen, müssen heute bis an die Grenze ihrer geistigen oder körperlichen Leistungskraft arbeiten und tun das, ohne es zu plakatieren. Achtzehn Stunden am Tage heißt von beispielsweise früh um sieben Uhr bis nachts um ein Uhr, und dies offenbar Tag für Tag. Das hält auf die Dauer niemand aus.

Auch macht, so scheint uns, die Quantität nicht Wert und Wesen der Arbeit allein aus. Sicher gibt es viele Politiker, die, theoretisch gesprochen, in achtzehn Stunden sehr viel mehr Fehler machen, als sie in zehn oder zwölf Auwege bringen würden. Für sie wäre es besser, sie widmeten einen größeren Teil des Tages der Müße. Ist es aber ein Mann, der Gutes oder Vorbildliches leistet, wäre es zweckmäßig, er erhielte sich der Sache für die er arbeitet, der damit mehr gedient wäre, als durch den Raubbau an der eigenen Arbeitskraft.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau